



Material für die Presse

HAUSANSCHRIFT Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin
TEL +49 (0)1888 555-1061/-1062
FAX +49 (0)1888 555-1111
INTERNET www.bmfsfj.de
E-MAIL presse@bmfsfj.bund.de

DATUM 14. März 2005

Auszüge aus der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen von CDU/CSU zu „Jugend in Deutschland“

Gemeinsam Deutschland erneuern – Für die Zukunft unseres Landes und die Zukunft unserer Kinder

„Die Bundesregierung will erreichen, dass Deutschland bei der Kinder- und Familienfreundlichkeit bis zum Jahr 2010 zur Spitze Europas aufschließt. Mit der Agenda 2010 setzt die Bundesregierung den klaren Schwerpunkt auf die Sicherung der Zukunftschancen für die nachfolgende Generation. Diese Reformvorhaben sind der zentrale Motor für die Zukunft unseres Landes und die Zukunft unserer Kinder.

Die Herausforderungen liegen auf der Hand: Auf der einen Seite müssen die sozialen Sicherungssysteme für die nachfolgende Generation so konsolidiert werden, damit sie den Kindern und Jugendlichen von heute und den Eltern und Erwachsenen von morgen auch in Zukunft ausreichend Sicherheit bieten können. Auf der anderen Seite müssen wir in Betreuung sowie Bildung und Forschung in die Zukunft unseres Landes ausreichend investieren. Die Reformen der Agenda 2010 sorgen für eine neue Balance von sozialer Gerechtigkeit und mehr Zukunftsinvestitionen zum Wohle unserer Kinder.

Mit unserer Politik geben wir dem Sozialstaat eine neue Richtung: nicht allein finanzielle Transferleistungen stehen im Mittelpunkt unserer Kinder- und Jugendpolitik, sondern neue Möglichkeiten, an Entwicklungs- und Bildungschancen sowie am Erwerbsleben teilzuhaben. Die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen sollen so gestaltet werden, dass die Eltern und die jungen Menschen für sich selbst und für einander Verantwortung tragen. Junge Menschen sollen befähigt werden, ein eigenverantwortliches Leben führen zu können.

Erneuerung gelingt, wenn Deutschland als Gesellschaft des sozialen Zusammenhalts, des Ausgleichs zwischen Alt und Jung, der Freiheit und Sicherheit, der Teilhabe und Mitbestimmung für alle Bevölkerungsgruppen weiterentwickelt wird. In diesem Sinne ist die Kinder- und Jugendpolitik zentraler Bestandteil der Zukunfts- und Innovationspolitik der Bundesregierung.

Die Große Anfrage lässt die für die nachfolgende Generation so zentralen Themen wie frühe Förderung und Erziehung außer Betracht. Nicht eine Frage zielt in Richtung Betreuungssysteme.

Eine große Anfrage zur Jugendpolitik ist aber unvollständig ohne diese zentralen Bereiche. In Deutschland besteht Konsens darüber, dass eine bessere Betreuung, Förderung und Erziehung unserer Kinder notwendig ist. Die Bundesregierung stellt sich dieser Herausforderung: Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Aufwachsen in unserer Gesellschaft steht ganz oben auf der politischen Agenda.

Die wichtigsten Schritte sind getan: Die Bundesregierung hat in der Politik für Kinder und Familien einen Paradigmenwechsel eingeleitet hin zum Aufbau einer besseren Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur: Sie ermöglicht individuelle Förderung erlaubt Erwerbstätigkeit und lässt zeitliche Spielräume zu. Damit erhöht sich die Lebensqualität für Kinder und Eltern. Denn: Eine gute Infrastruktur mit einem bedarfsgerechten Angebot an Kinderbetreuung, eine qualitativ gute Schulbildung und eine kinder- und familienfreundliche Mentalität ist die Voraussetzung für eine Zukunft mit mehr Kindern in Deutschland.

Nationaler Aktionsplan (NAP) „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“: Mit dem NAP, den die Bundesregierung im Februar beschlossen hat, liegt zum ersten mal ein Leitplan für eine nachhaltige und überzeugender Kinder- und Jugendpolitik vor, der in den nächsten Jahren die Politik in unserem Land bestimmen wird. Die Bundesregierung ruft die Fraktionen im Deutschen Bundestag, die Länder und Kommunen, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die Kirchen sowie die Wissenschaft auf, an der Umsetzung dieses Aktionsplans mitzuwirken. Ebenso wie die Agenda 2010 ist auch der nationale Aktionsplan „für ein kindergerechtes Deutschland 2005 – 2010“ eine nationale Aufgabe, an der sich alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte beteiligen müssen. Familie, Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Jugendlich tragen gemeinsam Verantwortung.

Auf den Anfang kommt es an: Am 1. Januar 2005 ist das Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Kinderbetreuungsausbaugesetz – TAG) in Kraft getreten. Damit werden die Angebote zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren deutlich verbessert und ihre Startchancen erhöht. Bis zum Jahr 2010 können damit 230.000 Kinder zusätzlich in Krippen oder von Tagesmüttern betreut werden. Dafür entlastet die Bundesregierung ab 2005 Länder und Kommunen um jährlich 1,5 Milliarden Euro. Die Bundesregierung forciert deshalb mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung die Qualitätssicherung in der Tagespflege. Die Zahl der öffentlich geförderten Tagesmütter und Tagesväter soll in mittlerer Perspektive von 10.000 auf 80.000 gesteigert werden.

Dialog „Verantwortung Erziehung“: Erziehung, Wertevermittlung und frühe Förderung finden primär im Elternhaus statt. Aber Eltern brauchen die Unterstützung der Gesellschaft und gute Bedingungen für das Aufwachsen ihrer Kinder. Deshalb muss Erziehung in Deutschland ein zentrales gesellschaftliches Thema werden. Es geht darum, Kinder zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu erziehen. Die vorschulischen Betreuungseinrichtungen, öffentliche Institutionen und Schulen können Eltern Unterstützung bieten. Auch deshalb ist der Ausbau qualitativ hochwertiger Betreuungsangebote für Kinder so nötig. Gemeinsam mit allen wichtigen gesellschaftlichen Kräften ist der Dialog „Verantwortung Erziehung“ gestartet mit dem Ziel, sich auf einen Erziehungskontrakt zu verständigen.

Allianz für Familie: Notwendig ist zudem eine neue Balance von Familie und Arbeitswelt. Erst dann wird es jungen Männern und Frauen leichter fallen, sich für Kinder zu entscheiden. Gemeinsam mit starken Partnern hat die Bundesregierung die „Allianz für die Familie“ ins Leben gerufen mit dem Ziel, eine breite gesellschaftliche Unterstützung für Familien und Kinder herzustellen. Eine familienfreundliche Arbeitswelt, eine gute Infrastruktur für Familien mit einem bedarfsgerechten Angebot an Kinderbetreuung und eine familien- und kinderfreundliche Mentalität sind die Voraussetzung für eine Zukunft mit mehr Kindern in Deutschland.

Lokale Bündnisse: Um Familienfreundlichkeit in Deutschland dauerhaft zu etablieren, brauchen Familien und Kinder praktische Erleichterungen in ihrem Lebensalltag. Damit wird die Bildung von kooperativen Netzwerken vor Ort immer notwendiger. Mit der Initiative Lokale Bündnisse für Familie sollen sich die konkreten Lebensbedingungen für Familien vor Ort verbessern. Ein Lokales Bündnis für Familie ist ein Zusammenschluss von örtlichen Akteuren – Stadtrat und Verwaltung, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, freie Träger und soziale Einrichtungen, Kirchengemeinden, Vereine, Verbände und Initiativen –, die ihre Aktivitäten für Familien verbinden und gemeinsam neue Ideen entwickeln und umsetzen. Seit dem Start im Januar 2004 gibt es 126 Lokale Bündnisse und rund 270 Beratungsstandorte. In den Städten, Gemeinden und Landkreisen mit Bündnissen leben mehr als 20 Millionen Menschen.

Mehr Zeit zum Lernen: Die Bundesregierung investiert insgesamt 4 Milliarden Euro in den Ausbau von Ganztagschulen. Damit hat sie das größte Bildungsprogramm gestartet, das es in Deutschland je gab. Die Ganztagschule soll erreichen, dass Kinder eine bessere Chance auf gute Betreuungsmöglichkeiten erhalten. Zudem kann sie dazu beitragen, dass Kinder mit Migrationshintergrund gleiche Bildungschancen bekommen. Dazu bedarf es eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses und einer Ganztagsbildung, die sich zur sozialen Umwelt öffnet.

Zusätzliche Ausbildungsplätze für junge Menschen: Alle ausbildungsfähigen und –willigen Jugendlichen bekommen ein Angebot. Im Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs hat sich die Wirtschaft freiwillig verpflichtet, innerhalb von drei Jahren 90.000 Ausbildungsplätze und 75.000 Einstiegsqualifikationen zu schaffen. Die Bundesregierung erhöht ihrerseits die Zahl der Ausbildungsplätze in der Bundesverwaltung um 20 Prozent und finanziert 14.000 Ausbildungsplätze in den neuen Ländern mit. Zudem hat die Bundesregierung seit 1998 über 160 Ausbildungsberufe modernisiert bzw. neu geschaffen, in denen heute die Hälfte aller Auszubildenden tätig sind. Für eher praktisch begabte Jugendliche hat die Bundesregierung in den letzten Jahren vermehrt die Neuordnung zweijähriger Berufe forciert.

Mehr Geld für Bildung und Forschung: Noch nie hat eine Bundesregierung so viel in Bildung und Forschung investiert – 2005 fast 10 Milliarden Euro. Erste Erfolge sind sichtbar. So studieren erstmalig über zwei Millionen junge Menschen. Die Studierendenquote eines Altersjahrgangs ist seit 1998 um rund 8 Prozent auf jetzt über 36 Prozent gestiegen. Dazu hat die BAföG-Reform der Bundesregierung einen entscheidenden Beitrag geleistet. Neue Bachelor- und Masterstudiengänge garantieren die internationale Anerkennung einer zugleich immer praxisnäheren Ausbildung. Das eröffnet mehr Perspektiven und Chancen für junge Menschen.

Bedeutung und Zielrichtung von Jugendpolitik

Die Bedeutung der Jugendpolitik der Bundesregierung wird in erster Linie sichtbar am Paradigmenwechsel weg von der alleinigen Fixierung auf eine monetäre Kinder- und Familienpolitik hin zu einer qualitätsorientierten Infrastruktur für Kinder und Eltern. Darum haben wir diese Schritte eingeleitet:

- Verabschiedung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes, um die Betreuung von Kindern unter drei Jahren bedarfsorientiert auszubauen.
- Initiierung des Investitionsprogramms „Zukunft, Bildung und Betreuung“, das größte je auf den Weg gebrachte Bildungsprogramm, durch das die Ganztagschule ausgebaut werden soll.
- Durch den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ vom Juni 2004 wurde eine Trendwende auf dem Ausbildungsmarkt eingeleitet: Jeder ausbildungswillige und -bereite Jugendliche erhält ein Ausbildungsangebot.

- Bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ soll die politische Beteiligung junger Menschen auf eine neue Grundlage gelegt werden. Zusammen mit dem Bundesjugendring und der Bundeszentrale für politische Bildung führt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das „Projekt P - misch Dich ein“ durch, in dem neue Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche entwickelt und erprobt werden sollen. Dabei kommt der Erziehung zur Demokratie und Toleranz sowie der Abwehr von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Extremismus eine besondere Bedeutung zu.

(...)

Die Bundesregierung setzt mit ihrer Politik im Rahmen der Agenda 2010 sowie der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für ein kindergerechtes Deutschland den klaren Schwerpunkt auf die Sicherung der Zukunftschancen für die nachfolgende Generation und die Stärkung von Kindern und Jugendlichen. Kinder- und Jugendpolitik stehen ganz oben auf der Agenda der Bundesregierung, denn starke Kinder und Jugendliche sind die Zukunft der Gesellschaft. Zur weiteren Begründung sei auf die Ausführungen im Vorspann verwiesen.

Kinder- und Jugendpolitik wird sichtbar in konkreten Schwerpunkten der Bundesregierung.

Auf den Anfang kommt es an

- **Frühe Förderung:** Der qualitätsorientierte Ausbau der Kinderbetreuung ist eines der zentralen gesellschaftspolitischen Vorhaben. Es sind die Startchancen in den ersten Lebensjahren, die über den späteren Lebensweg und die Lebenskarrieren von Menschen entscheiden. Die Bundesregierung hat mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz einen Paradigmenwechsel eingeleitet, weg von der alleinigen Fixierung auf eine monetäre Kinder- und Familienpolitik, hin zu einer qualitätsorientierten Infrastruktur für Kinder und ihre Eltern. Dieser Paradigmenwechsel greift die Erfahrungen und die Praxis anderer europäischer Länder auf und ist seit Jahrzehnten überfällig. Den Kommunen stehen für den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige ab 2005 jährlich und auf Dauer 1,5 Mrd. Euro aus den Einsparungen der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Verfügung. Länder und Kommunen erhalten die notwendige Flexibilität für einen bedarfsorientierten Ausbau. Künftig sollen für Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze vorgehalten werden. Betreuungsbedarf kann angemeldet werden, wenn die Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen, sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden. Gleichzeitig sollten insbesondere die Kinder berücksichtigt werden, deren ausreichende Förderung in der Familie nicht gesichert werden kann. Der Förderungsauftrag von Kindertageseinrichtungen wird zudem stärker konkretisiert und auf die Kindertagespflege ausgedehnt. Der Förderungsauftrag umfasst Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder und bezieht sich nunmehr konkret auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung eines Kindes.
- **Investition in Bildung:** Junge Menschen benötigen eine ausreichende Förderung und Betreuung und eine gute Bildung. Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ hat die Bundesregierung das größte Bildungsprogramm eingeleitet, das es je gab. Die Ganztagschule ist dabei ein wichtiger Schritt, um die Nachteile des selektiven Systems zu begrenzen. Sie wird dazu beitragen, dass Kinder aus Migrantenfamilien gleiche Bildungschancen erhalten. Dazu bedarf es auch eines neuen ganzheitlich ausgerichteten Bildungsverständnisses und einer Ganztagsbildung, die sich zur sozialen Umwelt öffnet. Dies schließt die Kooperation von Jugendhilfe und Schule ein: Jugendhilfe und Schule sind gefordert, ganztägige Bildung, Betreuung und Förderung gemeinsam zu entwickeln und zu verantworten.

Nachhaltige Kinder- und Jugendpolitik

- **Nationaler Aktionsplan (UN) „Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010“ (NAP):** Der NAP ist Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses. Beteiligt waren Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Bei der Umsetzung geht es im Kern darum, einen intensiven und breiten gesellschaftlichen Diskurs in Gang zu setzen an dem sich alle Verantwortlichen, Bürgerinnen und Bürger und ganz besonders Kinder und Jugendliche selbst beteiligen. Die Beteiligung junger Menschen wird über die Verknüpfung des NAP mit der Initiative Projekt P sichergestellt. Die sechs Handlungsfelder des NAP - "Chancengerechtigkeit durch Bildung", "Aufwachsen ohne Gewalt", Förderung eines gesunden Lebens und gesunder Umweltbedingungen", „Beteiligung und "weltweites Engagement" - bilden auch das inhaltliche Spektrum von „Projekt P – misch dich ein“. Im Rahmen von „Projekt P“ haben Kinder und Jugendliche bundesweit die Gelegenheit, ihre Vorstellungen zu den Vorschlägen im Nationalen Aktionsplan zu entwickeln.

Starke Partner für die Jugend

- **Neue Chancen für benachteiligte Jugendliche:** Mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat die Bundesregierung eine umfassende Reform der Sozialsysteme eingeleitet. Ihr geht es für Jugendliche dabei insbesondere um die Eingliederung benachteiligter Jugendlicher, um das In-Arbeit-Bringen arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger, um die intelligente Zusammenarbeit bestehender Angebote, Dienste und Einrichtungen und damit um neue „Allianzen für die Jugend“. Die Bundesregierung setzt auf Aktivierung und Selbsthilfe. Sie unterstützt durch ihre Reformen die Bündelung von Ressourcen und die Kooperation von Partnern: Schule, Arbeitsverwaltung, Wirtschaft, Jugendhilfe, Freizeiteinrichtungen, Sozialverwaltung und Elternhaus. Die Bundesregierung zeigt mit Programmen wie „E&C – Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ und „LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke“, dass die nachhaltige Schaffung von Zukunftschancen in der Vernetzung vor Ort gelingt.
- **Ausbildungspakt:** Angesichts der angespannten Situation auf dem Ausbildungsmarkt haben Bundesregierung und Wirtschaft am 16. Juni 2004 den „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ für die Dauer von drei Jahren geschlossen, in dem sich die Partner gemeinsam und verbindlich verpflichtet haben, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern allen ausbildungswilligen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten. Zur Versorgung von Jugendlichen mit eingeschränkten Vermittlungschancen bietet die Wirtschaft sechs- bis zwölfmonatige Einstiegsqualifizierungen an, die teilweise auf die Dauer einer späteren Berufsausbildung angerechnet werden können. Dies wird von der Bundesregierung mit dem Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher unterstützt. Der Ausbildungspakt hat sich bereits positiv auf den Ausbildungsmarkt ausgewirkt und eine Trendumkehr eingeleitet. Bis zum 30. September 2004 wurden rund 573.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen Das sind über 15.000 mehr als im Jahr 2003. Die Bundesregierung wird gemeinsam mit den Paktpartnern alles daran setzen, diese positive Tendenz zu verstetigen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung möglichst gemeinsam mit den Sozialpartnern Ausbildungsordnungen für die gewerbliche Wirtschaft verschlanken und attraktiver machen. Durch gestufte Ausbildungsangebote und Berufe mit zweijähriger Ausbildungsdauer werden zudem neue Ausbildungsmöglichkeiten für Unternehmen und jungen Menschen geschaffen.
- **Ausbildungsoffensive 2004:** Die Bundesregierung sorgt mit der Ausbildungsoffensive 2004 dafür, dass junge Menschen neue Chancen auf Ausbildung und Arbeit bekommen. Sie hat die Ausbildung in einigen neu geschaffenen Berufen mit geringeren theoretischen

Anforderungen verkürzt. Es ist heute attraktiver für die Wirtschaft, benachteiligte Jugendliche auszubilden.

- **Integration:** Die gleichberechtigte Teilhabe von jungen Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist vorrangiges Ziel der Integrationspolitik der Bundesregierung. Dies schließt die Beratung und Betreuung aller jungen Menschen mit Migrationshintergrund u.a. durch den Umbau der Jugendmigrationsdienste und die Förderung jugendspezifischer gemeinwesenorientierter Integrationsmaßnahmen ein. Aber auch die genannten Reformen im Bildungsbereich und auf dem Gebiet der frühen Förderung dienen diesem Ziel. Die Integration gerade auch junger Menschen wird befördert durch das Zuwanderungsgesetz, mit dem die Bundesregierung die Zuwanderung und Integration regelt.
- **Europäischer Pakt für die Jugend:** Im November 2004 schlugen die Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Spanien, Schweden und Deutschland dem Europäischen Rat den Abschluss eines "Europäischen Paktes für die Jugend" vor. Die Bundesregierung sieht darin die Möglichkeit,
 - den Querschnittsansatz im jugendpolitischen Bereich auf EU-Ebene zu stärken und zu unterstützen
 - jugendpolitische Themen in die neue sozialpolitische Agenda zu integrieren und
 - Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu befördern.

Demokratieförderung und Partizipation

- **Förderung der politischen Beteiligung:** Die Bundesregierung setzt einen Schwerpunkt darauf, soziales Engagement und Partizipation für Jugendliche attraktiv zu machen. Bei vielen jungen Menschen sind die Voraussetzungen für eine stärkere Beteiligung nicht gegeben; sie haben kein Vertrauen in die politisch Handelnden, das politische Interesse ist gering und es fehlt das Wissen um Rechte und konkrete Beteiligungsmöglichkeiten.

Diese auftretenden Lücken müssen aufgearbeitet werden. Der nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland legt einen Schwerpunkt auf die Beteiligung junger Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben. Einen weiteren Weg zeigen die Angebote der politischen Jugendbildung. Sie verfolgen das Anliegen, demokratisches Bewusstsein und die Kompetenzen zur Partizipation und Mitgestaltung zu steigern und junge Menschen zu ermutigen, sich an den demokratischen Prozessen unserer Gesellschaft zu beteiligen. Dies schließt soziales Lernen und reflektierte politische Sozialisation mit ein. Die Träger der politischen Jugendbildung leisten damit einen erheblichen Beitrag zur Vermittlung der Schlüsselkompetenzen, wie Toleranzförderung, Partizipation und soziales Engagement, Selbstbewusstsein u. Verantwortungsbereitschaft, gewaltfreie Konfliktbewältigung junger Menschen.

Aufgabe unserer Politik der Partizipation ist es, junge Menschen für die Kernwerte einer demokratischen Gesellschaft neu zu gewinnen. Bürgerschaftliches und politisches Engagement sind keine Zufallsprodukte. Die Bundesregierung setzt auf verbindliche Mitsprachemöglichkeiten für Jugendliche auf allen politischen Ebenen. Im Rahmen der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für eine Kindgerechte Welt und im Rahmen gezielter Initiativen wie "Projekt P – misch dich ein" werden Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Jugendliche entwickelt und erprobt. Hinter „Projekt P – misch dich ein“ stehen starke Partner. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend führt gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Deutschen Bundesjugendring diese Initiative zur Förderung der politischen Beteiligung durch. Angesprochen werden Kinder und Jugendliche im ganzen Bundesgebiet zwischen 12 und 25 Jahren. Die Initiative fordert aber auch Politikerinnen und Politiker dazu auf, sich jugendlicher Partizipation gegenüber zu öffnen.

- **Demokratie- und Toleranzerziehung:** Demokratie- und Toleranzerziehung sind Schwerpunkte der Jugendpolitik der Bundesregierung bei der Bekämpfung von

Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Rassismus. Ziel der umfangreichen Aktionsprogramme entimon, und xenos ist deshalb die Stärkung demokratischen Verhaltens und zivilen Engagements und die Förderung der Toleranz und Weltoffenheit.

- **Weltoffenheit und interkulturelle Kompetenz:** Junge Menschen sind die Demokratinnen und Demokraten von morgen. Die Bundesregierung möchte durch den Ausbau bilateraler Begegnungen – insbesondere auch mit den neuen EU-Mitgliedsstaaten, sowie mit Russland und Israel – junge Menschen befähigen, internationale Zusammenhänge zu verstehen, Empathie, Toleranz und Konfliktlösungsfähigkeit zu erwerben.

Stärkung der Erziehungsverantwortung und Medienkompetenz

- **Kampagne "SCHAU HIN! Was Deine Kinder machen":** Die Kampagne „SCHAU HIN! Was deine Kinder machen“ verfolgt das Ziel, die Öffentlichkeit für das Thema "Kinder und Medien" zu sensibilisieren und gleichzeitig Eltern über elektronische Medienangebote und deren Handhabung aufzuklären. Mit gezielten ganzheitlichen Erziehungstipps für die 3- bis 13-Jährigen soll praxisnahe Hilfestellung für den kindgerechten Umgang mit Medien, konkreter Rat und fundiertes Wissen von Experten an Eltern, Familien und pädagogische Fachkräfte weitergegeben werden. In Schule und Kindergarten sollte Medienerziehung genau so selbstverständlich stattfinden wie im Elternhaus. SCHAU HIN! ist eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Programm-Magazin HÖRZU, dem Telekommunikationsunternehmen ARCOR, der ARD und dem ZDF.
- **Bundesinitiative „Jugend ans Netz“:** Neben der Ausstattungsoffensive, die in 2004 gestartet wurde, ist das neue Jugendportal www.netzcheckers.de die zweite Komponente der Bundesinitiative "Jugend ans Netz". Das neue Jugendportal vernetzt bestehende Lern-, Beratungs-, Informations- und Unterhaltungsangebote auf Bundes-, Länder- und regionaler Ebene und schafft die Verbindung zum europäischen Jugendportal. Jugendliche können selbst „Netzchecker“ werden und mit selbstverfassten Texten, Bildern oder einem Audio- bzw. Video-Beitrag aktiv an der Gestaltung der Website mitarbeiten.
- **Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt:** Laut polizeilicher Kriminalstatistik werden jährlich rund 20.000 Kinder Opfer sexueller Gewalt, einem abscheulichen Verbrechen, das bekämpft werden muss. Die Dunkelziffer liegt weit darüber. Aus diesem Grund räumt die Bundesregierung dem Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt und Ausbeutung einen hohen Stellenwert ein. In einem Aktionsplan hat die Bundesregierung ein Gesamtkonzept entwickelt. Verbessert werden soll : Strafrechtlicher Schutz, Prävention, Internationale Strafverfolgung und Zusammenarbeit sowie Vernetzung der bundesweiten Arbeit der Beratungsstellen. Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen muss grundsätzlich gesellschaftlich geächtet sein - von Beginn an. Diesem Ziel dient die bundesweite Kampagne "Hinsehen.Handeln.Helfen!"

Zur Darstellung weiterer Aktionsfelder der Kinder- und Jugendpolitik der Bundesregierung wird auf die Beantwortung der nachfolgenden Fragen verwiesen.

Kinder- und Jugendpolitik ist Querschnittspolitik und orientiert sich an verbindlichen Leitprinzipien.

- **Nachhaltigkeit:** Kinder- und Jugendpolitik ist Politik im Interesse der Lebens- und Zukunftschancen der nachwachsenden Generation. Die Bundesregierung tritt dafür ein, dass die Interessen der jungen Menschen bei der Gestaltung der Politik auf allen Handlungsebenen Beachtung finden. Sie befähigt junge Menschen dazu, diese Interessen selbst zu entwickeln und zu artikulieren. Ziel ist, den jungen Menschen die für

ihre Lebensplanung erforderlichen gesellschaftlichen Gestaltungsspielräume und Optionen zu erhalten. Generationengerechtigkeit bedeutet Verständnis füreinander und einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Generationen.

- **Einmischung:** Kinder- und Jugendpolitik mischt sich ein für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Dabei stehen die Bedürfnisse derjenigen im Vordergrund, die familiär und sozial benachteiligt sind. Kinder- und Jugendpolitik ergreift für sie Partei und spricht mit, wenn politische Maßnahmen, gleich in welchem Handlungsfeld, Auswirkungen auf Lebensgegenwart und Zukunftsoptionen der Jüngeren haben. Ziel ist, auf allen Ebenen institutionalisierte Verfahren zur Berücksichtigung ihrer Interessen zu verankern.
- **Lebenslagenpolitik:** Kinder- und Jugendpolitik nimmt individuelle Bedürfnisse in den Blick – innerhalb der Familien und im gesellschaftlichen Raum. Sie geht an gegen Ausgrenzungen, unterstützt dort, wo Unterstützungsbedarf besteht, und trägt durch die Modernisierung der Hilfs- und Beratungsangebote dazu bei, dass die Unterstützung nicht „von der Stange“, sondern maßgeschneidert ist. Zur Ermittlung des Modernisierungs- und Unterstützungsbedarfs setzt sie auf die aktive und kontinuierliche Partizipation der Zielgruppen und der Fachkräfte der sozialen Arbeit.
- **Gesellschaftliche Allianzen:** Kinder- und Jugendpolitik setzt auf gesellschaftliche Allianzen für die Jugend, auf enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit haupt- und ehrenamtlichen Profis in den Jugend- und Sozialorganisationen. Sie steckt Ziele gemeinsam mit ihnen ab, fördert ihre Arbeit auf der Grundlage dieser Ziele und wertet mit ihnen aus, ob diese erreicht wurden.“